

Ein/Aus/Gegenblicke

Macht ohne Demokratie befördert diffuse Ängste und Gewalt: Der sechzigste 'Widerspruch' sowie die zweite 'Respektive' passen thematisch gut zusammen.

Hans Steiger

«Arabischer Frühling?» wird im ersten Beitrag des neuen 'Widerspruch'-Heftes überaus skeptisch gefragt. Ein problematischer Text. Samir Amin, geboren 1931 in Kairo, auf die Analyse des Neokolonialismus fixierter Ökonom und Direktor des Third World Forum in Dakar, ist als Autor zweifellos kompetent und erfahren, doch er wirkt zugleich ideologisch arg festgefahren. Mao habe eben keineswegs unrecht gehabt, «als er feststellte, dass der real-existierende Kapitalismus, der von seiner Natur her imperialistisch ist, den Völkern der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika, dieser 'Minderheit', die 83 Prozent der Bevölkerung des Planeten umfasst, nichts zu offerieren hatte». Wahlen? Die seien, «wie man weiss», kaum das beste Mittel, um eine Demokratie zu errichten. Sie dienen nicht nur in Ägypten dazu, «der Dynamik einer fortschreitenden Demokratie ein Ende zu bereiten». Nach solchen «Frühlingsen» würden neue Lakaian, hier dann womöglich unter der Führung von Muslimbrüdern, weiterhin uneingeschränkten Wirtschaftsmonopolen dienen. Und dies im Herbst des Kapitalismus! Darum die Parole: Emanzipation der Völker oder Barbarei.

Möglicherweise behält Amin ja recht. Doch ich war dankbar, dass seiner Warnung ein aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums von Amnesty International in Bern geführtes Gespräch mit Nehad Abu El Komsan folgte, Anwältin und Menschenrechtsaktivistin in Ägypten. Auch sie warnt vor fundamentalistischen Ideen und schwärmt keineswegs naiv von Demokratie, der dann zum Beispiel die Frauenrechte automatisch folgten. «Es gibt keine Demokratie ohne Beteiligung von Frauen.» Auf dem Tahrir-Platz stellten sich nicht zuletzt viele Frauen den Gewehren der Militärs entgegen, sie wurden geschlagen, verletzt, verhaftet. Sie hätten in dieser Revolution «selbstbestimmt gehandelt, niemand hat ihnen Vorschriften gemacht». Diese neue Freiheit müsse nun verteidigt werden. Noch fehlen oft Umsetzung der Rechte im Alltag und deren kulturelle Akzeptanz, doch ein Zurück gibt es nicht. Hier klingt bei politisch ähnlicher Position ein anderer, hoffnungsvollerer Ton an.

Linksrün gegen nationalkonservativ

Was danach an schweizerischen Debatten rund um Demokratie und Macht folgt, wirkt im Vergleich undramatisch. Das heisst nicht uninteressant! Willy Spieler und Daniel Vischer, Therese Wüthrich und Gisela Notz, Urs Marti und andere befassen sich zwar mit meist aus den Medien bereits Bekanntem, doch das Zeitschriftenformat lässt für das Hintergründige der Tagespolitik mehr Raum. SPS-Programm, mögliche neue Allianzen, «ganze Frauenfrage» statt Quoten. Anni Lanz zeigt Bezüge zwischen der Sans-Papiers-Frage und unserem Betreuungsnotstand, die zu mehr als einem Aha-Erlebnis führen. Wir müssten uns wohl künftig «nicht nur am Wohlbefinden der einheimischen Bevölkerung, sondern an demjenigen der von der Migration abhängigen Weltbevölkerung orientieren». Leichter begehbar wird dieses ohnehin unbequeme Politikfeld damit nicht. Aber an das Fehlen einfacher Rezepte muss sich die Linke ohnehin gewöhnen. Wie sie mit der meist schlichten, oft schlicht verlogenen Weltsicht der nationalkonservativen Rechten besser umgehen könnte, lässt sich bei Ruedi Graf nur erahnen. Er analysiert eine am 2. Januar 2011 von Christoph Blocher gehaltene «Gotthelf-Rede» über schweizerische Werte. So klug die Kritik des Kulturwissenschaftlers ist, beim SVP-Publikum dürfte sie nur einen der Sprüche des Demagogen bestätigen: «Es ist allemal besser, wenn ich Heimatkunde lehre als irgendein linker Professor.» Wer immer in einem solchen Fall streng wissenschaftlich argumentiere, werde einen Kampf an zwei Fronten führen und verlieren, konstatiert Graf selbst mit Bezug auf Antonio Gramsci. Und darunter, wie ein Schlusspunkt, die Anzeige für ein Buch: «Gramsci global». Wie bei der Heftgestaltung das knochentrockene Layout mit passenden Inseraten belebt wird, ist eine seit Jahren gepflegte Kunst.

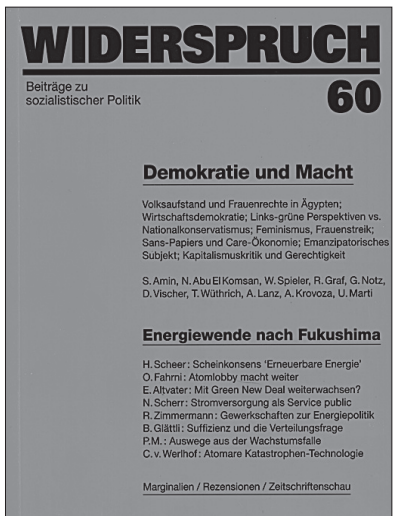
Energiewende oder ab in neue Falle?

Der zweite Heftteil spiegelt eine inner-linksrüne Kontroverse, die nach Fukushima sowie im Umfeld der ökonomischen Krisen doppelt brisant und noch lang nicht zu Ende ist. «Mit Green New Deal weiterwachsen?» fragt Elmar Altvater im Titel seines Beitrages, und er fügt im Text noch ein paar Fragezeichen hinzu. Klar ist für ihn eins: Man kann «nicht durch Verzicht und Null- oder Minus-

wachstum eine grüne Welt schaffen, wenn nicht zugleich auch die sozialen Institutionen der Kapitalakkumulation verändert werden». Oliver Fahrni leuchtet hinter die Kulissen der hiesigen Atomlobby und warnt damit vor der Illusion, unser Kampf gegen AKW sei bereits gewonnen. Der vor kurzem verstorbene Hermann Scheer wird als deutscher Solar-Pionier gegen einen «Scheinkonsens über erneuerbare Energien» ins Feld geführt, während Niklaus Scherr auf die Stromversorgung in der Schweiz eingeht und dezentrale Netze gegen Marktöffnung und Grosstechnologie stellt. Balthasar Glättli spricht die Verteilungsfrage an, will einen anderen Wohlstand für alle statt Verschwendung für wenige, und P.M. skizziert – wie immer schön utopisch –, was das für «konviale» urbane Nachbarschaften bedeuten könnte. «Auswege aus der Wachstumsfalle», konkret, lokal. Was uns andernfalls droht, beschreibt schliesslich Claudia von Werlhof, wobei ihre Vision neuer Blüten der todbringenden Technik des Patriarchats in jeder Hinsicht schrecklich spekulativ ist. Rezensionen führen die Themen weiter.

Hintergrund zu Oslo, London und ...

Während sich der 'Widerspruch' mit seinen «Beiträgen zu sozialistischer Politik» nun schon im 31. Jahrgang als linker Pulsprüfer und Impulsgeber bewährt, startete 'Respektive' erst 2010. Die als «Zeitbuch für Gegenblicke» grafisch markant modischere Publikation behält bei ähnlichem Anspruch ausdrücklich den Kommunismus als mögliche Zielperspektive. Ich nahm die vor kurzem erschienene zweite Ausgabe nicht zufällig an



dem Tag vom Stapel, als die Nachrichten aus Oslo alle Medien beherrschten. «Gewalt, Angst und Politik» – wenn das nicht passend war! Schon das Editorial machte klar: keine bequeme Lektüre. Es führt im Schnelldurchlauf ins Gewirr von direkter, repressiver und struktureller Gewalt. Im ersten Beitrag zuerst eine Linke stets neu beschäftigende Frage: «Obwohl wir die Unerträglichkeit kapitalistischer Verhältnisse tagtäglich erleben, regt sich kaum Widerstand, der dieses System grundsätzlich in Frage stellen würde. Das hat mit der Angst zu tun, die das Leben im Kapitalismus prägt. Woher aber rührt sie und was wäre dagegen zu tun?» Dazu im Hinterkopf nun noch jene Ereignisse in London, die wir gern als Widerstand interpretieren würden und doch primär als nackte Gewalt sehen, aus der erneut für Parolen der Rechten nützliche Angst wächst. Holger Heide, ein mit Jahrgang 1939 nach wie vor engagierter Wirtschaftsprofessor, geht den Komplex von «Angst und Widerstand» differenziert an. Auch aus systemkritischer Sicht wäre es für ihn allzu einfach, «die Menschen zu Opfern des Kapitals zu erklären». Dieses kann ja nur herrschen, wenn Menschen mitmachen. Eine banale Feststellung. «Aber warum machen sie mit? Wieso machen selbst die Untersten in der Hierarchie, die wirklichen Verlierer noch immer irgendwie mit?»

Es ist es eine tief sitzende Angst, die dies bewirkt, erläutert der Autor. Diese werde von Generation zu Generation weiter tradiert und vom System ständig reproduziert, ohne aber eine «anthropologische Konstante» zu sein. «Sie ist historische Folge eines kollektiven Traumas, das in Jahrhunderten der gewalttätigen Durchsetzung des Kapitalismus entstanden ist und schliesslich zu einer tiefen Identifikation der Menschen mit dem Kapital und seinem Paradigma der Arbeit geführt hat.» Was er zur Stützung seiner These von der «posttraumatischen Gesellschaft» anführt, wirkt plausibel. Auch, dass sich «selbst viele Formen des Widerstands noch als Aspekte verdrängter Angst» erweisen. Alternativen würden pauschal als chancenlos ausgeblendet. Schliesslich hätten auch Revolutionen wiederholt nicht zur Befreiung, sondern höchstens zu einer nachholenden Modernisierung oder zu Formen von Staatssozialismus geführt, deren Gewalt offensichtlich war. Bei der Frage nach einem Ausweg ist für Heide «der Weg immer neuer Gewalt» nicht gangbar, selbst eine Lösung allein «nach dem Gerechtigkeitsprinzip» schliesst er aus. «Solidarität stellt sich als etwas ganz Anderes heraus als Gerechtigkeit.» Dem von Marx formulierten Ziel einer Aufhebung der Klassen werde ein Begriff wie Klassenolidarität nicht gerecht; auch diese bleibe «innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft». Beginnen müsse die neue solidarische Bewegung mit dem Offenlegen der Mechanismen von Angst und Gewalt.

Ein zweiter Beitrag beleuchtet Gewaltstrukturen anhand von Stadtplanungen und Karten: Beirut und Jerusalem sind nur die Extreme eines sich global verstärkenden Trends zur urbanen Fragmentierung. Im dritten geht es um

die Kolonialisierung des Denkens «durch disziplinierende Mediendiskurse». Warum und wie wurden in den letzten Jahrzehnten (fast) alle neoliberal? «Stuttgart 21» folgt. Was für Folgen wird die dort aufgebrochene Wut wohl haben? Und so weiter. Ein gegenwartsliterarisches Beispiel, diverse Modelle von «Herr und Knecht», etwas zum Kult um den auf seine Art wehrhaften Peter Hans Kneubühl in Biel, ein Vergleich der theoretischen Gewaltkritik bei Walter Benjamin und Judith Butler... Zu den eindrücklichsten Einblicken in eine uns verschlossene und eigentlich ganz gern ausgeblendete Welt gehören die geschickt gemixten Berichte von Betreuenden und Betreuten in einem Ausschaffungsgefängnis.

Absage an ein Spiel mit der Gewalt

Herausgegriffen seien hier noch zwei Texte, die einen besonders heiklen Bereich der von Linken geführten Debatten illustrieren. Wie stellt sich der 'Revolutionäre Aufbau Schweiz' zur Gewalt? Er lieferte der 'Respektive'-Redaktion einen durchaus lesenwerten Beitrag über verschiedene Formen von Machtausübung und Widerstand. Wobei der Fokus «auf Strategien revolutionären Handelns» liegt; «Politik beginnt erst dort, wo die bestehenden Verhältnisse in Frage gestellt werden». Aber gerade beginnt es wolkig zu werden. Zwar wird vor einer gefährlichen Selbstüberschätzung gewarnt: Dass in unseren Breiten durch Demonstrationen der bürgerliche Staat bedroht sein könnte, diene diesem höchstens als Argument, polizeilich und militärisch weiter aufzurüsten. Trotzdem soll «in jeder einzelnen Handlung» stets das strategische Fernziel und «proletarische Gegenmacht aufscheinen». Ziel der Präsenz auf der Strasse etwa wäre, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die «revolutionären Gegenpositionen» sichtbar werden und «Klassenbewusstsein entstehen kann». In einer Epoche, in der fast alle revolutionären Traditionen zerrissen seien und fundamentale Veränderungen kaum vorstellbar, bleibe «der Kampf auf der und um die Strasse mit seiner Unmittelbarkeit ausserordentlich wichtig». Denn eine militante Aneignung von öffentlichem Raum bewirke mehr als «alle verbalen Äusserungen gegen den Kapitalismus». Und wieder ziehen beim Lesen allerlei ältere sowie frische Medienbilder durch den Kopf. Was wurde und wird bewirkt?

Eine indirekte Antwort auf das gedankliche und sprachliche Spiel mit der militanten Gewalt gibt Lukas Germann als Mitredaktor der Zeitschrift in einer Buchbesprechung. «Der kommende Aufstand», den 2007 ein «Unsichtbares Komitee» in Frankreich mit einer anonymen Schrift proklamierte, hat unter Radikalen inzwischen international Kultstatus erreicht. Schon das ein guter Grund, sich mit der deutschen Übersetzung gründlicher auseinanderzusetzen. Zumal nun tatsächlich Aufstände an vielen Orten aufzuflammen scheinen. Dass diese zuweilen Breschen eröffnen, «in denen sich etwas anderes formen könnte», räumt der kritische Rezensent ein, der in Zürich lebt und seit zwei Jahrzehnten

«mal mehr, mal weniger» in der ausserparlamentarischen Linken aktiv ist. Doch in der Beschreibung der Alternative zeige sich die Schwäche des Büchleins: «Krawall und Wut haben an und für sich noch keinen politischen Gehalt.» Fetischisierung einer Praxis des Bruchs mit Norm und Legalität, sogar wenn dieser für einzelne befreiend erscheinen möge, habe «nichts mit Befreiung in einem politischen Sinne zu tun». Leicht schlage die Wut in Ressentiment um. Der mangelnde Respekt vor Autoritäten und Institutionen sei nicht das Problem, aber mit dem staatlichen Gewaltmonopol brechende Gewalt «für sich genommen» eben auch nicht die Lösung. Wo sie als etwas Eigenwertiges behandelt, gar zum Massstab des Revolutionären genommen werde, «verfällt man dem Nihilismus». Aufgabe einer revolutionären Bewegung wäre es, aus diesem hinausfinden.

Demokratie und Macht sind komplex

Mit diesem Schlussbeitrag der 'Respektive' lässt sich der Bogen zum Einstieg in den 'Widerspruch' schlagen. Germann erwähnt nämlich das Beispiel von Tunesien, «wo sich wirklich eine Revolte zu einer Bewegung entwickelt hat, die die Regierung zu stürzen vermochte und von der noch nicht absehbar ist, ob sie revolutionäre Qualität entwickelt». Hier habe es sich aber um ein autoritäres Regime mit klar erkennbarer Machtverteilung gehandelt. «In den bürgerlichen Demokratien des Westens ist eine solche Entwicklung kaum vorstellbar.» In komplexeren Gesellschaften gibt es nicht einfach eine herrschende Clique, die man stürzen kann, sondern raffinierte Netze von Teilhabe, Kontrolle, Aus- und Eingrenzung. Oft finden sich Ausgebeutete und Ausbeutende in einer Person vereint. Wie soll da konsequenter Widerstand wachsen? Demokratie und Macht erweisen sich als speziell schwieriges Terrain. Ein plakativer Wahlkampf – mit fehlenden Alternativen inmitten von Krisen – wird das in den kommenden Wochen erneut zeigen.

Demokratie und Macht. *Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik*, Heft 60. Postfach, 8031 Zürich, 2011, 226 Seiten, 25 Franken. www.widerspruch.ch

Gewalt, Angst und Politik. *Respektive – Zeitbuch für Gegenblicke*. Medienverein Respektive, Postfach 2713, 8021 Zürich, 2011, 198 Seiten, 19 Franken. www.respektive.org

